

Vom Staatsbankrott zur Stammesgesellschaft?

Erst bricht der Euro, dann der Dollar, danach die Welt, wie wir sie kennen

Interview mit Paul C. Martin

Das Interview führte Luis Pazos.

Foto (Martin) von Rolf Ambor / „Bild“-Zeitung | Foto (Warlord) von Giantip.com



Ewige Cassandra oder wegweisender „Dottore“?
Paul C. Martin ist „Bild“-Autor und Guru einer unkonventionellen Wirtschaftstheorie

Paul Christoph Martin wurde 1939 in Luckenwalde geboren. Von 1958 bis 1968 studierte er Philosophie, Geschichte und Volkswirtschaftslehre in Berlin, Bonn, München und Chicago, unter anderem beim späteren Nobelpreisträger Milton Friedman. 1966 promovierte Martin in Bonn, ab 1969 arbeitete er als Redakteur, später als Chefredakteur bei der „Welt am Sonntag“ und der „Wirtschaftswoche“. Von 1992 bis 2000 war er stellvertretender Chefredakteur der „Bild“-Zeitung. Heute ist der Mitbegründer des Schweizer Wirtschaftsmagazins „Bilanz“ als freier Schriftsteller tätig. Bekannt wurde er im deutschen Sprachraum durch zahlreiche populärwissenschaftliche Bücher zu Wirtschaftsthemen in den 80er und 90er Jahren. Auf der Internetplattform „Das Gelbe Forum“ veröffentlicht er unter dem Pseudonym „Dottore“ regelmäßig Beiträge. Ausgehend von der Eigentumstheorie der Bremer Professoren Gunnar Heinsohn und Otto Steiger entwickelte Martin die Theorie des Debitismus, die den Kapitalismus als ein kreditäres Kettenbriefsystem bezeichnet. Im Gespräch mit *eigentlich frei* beschreibt der Querdenker den Stand der derzeitigen Wirtschaftskrise und gibt Einblicke auch in seine Staatstheorie.

ef: Herr Martin, jüngst haben die Finanzminister der 16 Euro-Teilnehmerstaaten den Vertrag zur Gründung einer Luxemburger Kreditvergabegesellschaft unterzeichnet. Für dieses institutionalisierte Rettungspaket haften die Unterzeichner sowie die EU-Kommission mit insgesamt 500 Milliarden Euro, zusammen mit der Kreditlinie beim Internationalen Währungsfonds (IWF) summiert sich das potenzielle Finanzhilfenvolumen auf eine dreiviertel Billion Euro. Wie lange lässt sich damit der erste Staatsbankrott innerhalb des Eurosystems aufschieben?

Martin: Staatsbankrotte lassen sich sehr lange aufschieben. Andererseits haben wir in den letzten 200 Jahren weltweit circa 400 Staatsbankrotte erlebt, allein in Deutschland zwei: 1923 und 1948. Grundsätzlich gilt die Bankrottformel: Steigen Staatsschulden schneller als das Inlandsprodukt, ist Schluss, sobald die Zinsen auf die Staatsverschuldung das Bruttoinlandsprodukt (BIP) er-

reicht haben. Denn mehr als das BIP kann nicht besteuert werden. Die Frage ist damit nach den Zinsen gestellt. Sie müssen steigen, sobald die Inflation anzieht. Diese wiederum kann exogene oder endogene Ursachen haben. Exogen sind Katastrophen wie Kriege oder Naturereignisse. Endogen ist jede Form der Zusatzverschuldung, ob staatlich oder privat. Da sich die endogenen Ursachen kaum noch steigern lassen, werden wir Preisstabilität bis hin zu leicht deflationären Tendenzen mit dem Staatsschuldenphänomen mixen, wie es Japan schon seit Jahren durchlebt. Das Euro-System wird diesem folgen: minimale Zinsen und schrumpfende Besteuerungsbasis, zumal wegen Widerständen in der Bevölkerung. Damit wird der Staatsbankrott maximal „gestretcht“, aber mehr als 5 bis 20 Jahre sind kaum herauszuholen.

ef: Wie sieht es bezüglich dieser Hinauszögerung jenseits des Atlantiks aus? Immerhin sind auch im Heimatland des US-Dollars die monetären Bänder arg strapaziert worden. In der Alten Welt versichert indes EU-Währungskommissar Olli Rehn, unterstützte Staaten müssten im Gegenzug für Hilfen harte Sparauflagen erfüllen. Dollar-Pest gegen Euro-Cholera: Welcher Patient siecht schneller dahin?

Martin: Ich nehme an, die Südeuropäer, da sich bei ihnen staatliche Sparprogramme, die auf Kürzungen der Privaten im Einkommens- und Rentenbereich hinauslaufen, kaum durchsetzen lassen, was die vielen dortigen Streikwellen deutlich machen.

ef: Also Euro-Crash vor Dollar-Doom?

Martin: Sehr wahrscheinlich. Der Schuldenstand liegt – gemessen am BIP – prozentual in Europa mit Schwerpunkt Südeuropa erheblich über dem der USA.

ef: Gibt es überhaupt noch relativ sichere Papiergeldhäfen, in denen der um den Geldwert bangende Bargeldsparer den Schuldensturm der großen Währungsblöcke unbeschadet überstehen kann? In Ihrem Buch „Cash – Strategien gegen den Crash“ aus dem Jahr 1985 haben Sie bereits ein ähnliches Szenario prophezeit und dafür – neben Gold – Schweizer Franken und mit Abstrichen Norwegische Kronen empfohlen, einen Mix, der

sich aktuell in der Finanzpresse wieder wachsender Beliebtheit erfreut.

Martin: Dabei bleibe ich. Die Menschen haben ein sehr gutes Gespür für die wirtschaftlichen „basics“ und die Schaumschlägereien der Politik. Die häufigen Regierungswechsel belegen das. Gold hat keine „Regierung“, sondern viele staatliche Notenbanken haben viel zu billig verkauft. Der Franken ist gerade sehr stark, und die Schweiz hat immer noch eine Art Allparteienregierung. Die Krone hat aufgrund der norwegischen Mentalität, der gesunden Staatsfinanzen und der immer noch aktuellen Rohstoff-Reserven starke Standbeine.

ef: Die eingangs besagte „Bankrottformel“ haben Sie bereits Anfang der 80er Jahre zusammen mit Ihrem Co-Autor Walther Lüftl entwickelt und als „Lüftl-Theorem“ in dem gemeinsamen Buch „Die Pleite“ dem Publikum zugänglich gemacht. Ebenfalls 1983 wagten Sie in „Wann kommt der Staatsbankrott?“ eben diesen für mehrere Staaten der Ersten Welt in zwei (Dänemark) bis neun (Kanada) Jahren vorauszusagen. Die Bundesrepublik Deutschland lag mit fünf Jahren im Mittelfeld. Was hat den Stretchingprozess damals so stark verlängert? Oder umgekehrt: Was ist diesmal anders?

Martin: Schulden-Stretching lässt sich nur durch noch mehr und höhere Schulden durchziehen. Was den Staaten und Zentralbanken in der jüngsten Krise eingefallen ist – „quantitative easing“ etwa – sprengt allerdings jeden Rahmen. Anders ist diesmal nichts, es hat nur erheblich höhere Dimensionen. Inzwischen rechnen nicht nur die Ratingagenturen, sondern sogar die Weltbank mit einer Bankrottwelle der Staaten. Die Tatsache ist gewiss, die Zeitschiene weiter ungewiss. Ich halte es mit den Großmeistern wie Soros, Roubini oder Marc Faber und rechne mit dem alsbaldigen Beginn der „zweiten Welle“. Dann wird sein: Heulen und Zähneklappern.

ef: Aber wie konnte es den bereits bis zur Halskrause verschuldeten Staaten der westlichen Welt Ende der 80er Jahre gelingen, den Kopf noch einmal aus der Bankrottsschlinge zu ziehen?

Martin: Die Verschuldung war kaum halb so hoch wie heute. Das große Spiel der Staaten geht zu Ende.

Nachdem die Staaten nunmehr vollends abwirtschaften, sind dringend Gedanken angebracht über andere Formen des menschlichen Zusammenlebens.

ef: Sie sprachen von 400 Staatsbankrotten allein in den letzten 200 Jahren. Dieser Zeitstrahl kann natürlich problemlos mit dem stets gleichen empirischen Befund bis zum Anbeginn der Hoch- sprich Staatskultur verlängert werden, oder?

Martin: Ja. Es geht aber nicht nur um Verlängerung. Es ist vielmehr so, dass eigentlich eine neue Staatsdefinition zu propagieren wäre. Staat ist ein Machtgebilde, das in bestimmten, wenn auch nicht „ex ante“ definierbaren Zeitabständen einen Bankrott hinlegt. Stämme, also die natürlichen Kontrapunkte zu Staaten kennen den Bankrott nicht. So etwas wie Stammesbankrott ist weder jemals vorgekommen noch definierbar.

ef: Stämme dürften aber im öffentlichen Bewusstsein günstigstenfalls mit Primitivität und Rückständigkeit assoziiert werden. Schlimmstenfalls verheißen ihre Mitglieder – siehe die um Warlords gescharten somalischen wie afghanischen Clans – unkalkulierbare Willkür und Gewalt, provozieren also geradezu die Sehnsucht nach einem starken Staat.

Martin: Diese Sehnsucht ist ein typisches Bla-Bla. Ich sehe an einer „Warlord-Welt“ auf Dauer keinen Weg vorbei. Wir werden zuerst „failed states“, gescheiterte Staaten, erleben, dann die Phase der privaten Bewaffnung und zum Schluss weltweiten Stammes-Wirrwarr.

ef: Stämme oder ganz allgemein blutsverwandtschaftliche Beziehungsnetze erheben weder Steuern noch verteilen sie Subventionen. Sie selbst definieren den Staat als ein Machtgebilde, das regelmäßig bankrott geht, also eine strukturelle Lücke zwischen Steuern und Subventionen aufweist. Können Sie Art und Herkunft dieser Lücke skizzieren?

Martin: Die Lücke resultiert aus dem mit Waffengewalt durchgesetzten Machtanspruch des Staates. Der Staat hat eben das Machtwaffen-, das Zwangsabgaben- und das Geldmonopol. Die Professoren Tilly, USA, und Frau Kreisky, Wien, haben dazu intensiv veröffentlicht und sehen den Staat als „organisierte Kriminalität“ oder als „mafiose Erscheinung“. Derlei Dinge sind den Stämmen fremd. Nachdem die Staaten nunmehr vollends abwirtschaften, sind dringend Gedanken angebracht über andere Formen des menschlichen Zusammenlebens: An einer Rückkehr zu Subsidiarsystemen führt ohnehin kein Weg vorbei. Die Schulen sollten nicht auf Staats-, sondern auf freiheitliche Nicht-Staats-Systeme vorbereiten. Kurzum, es ist gerade auch Ihre Aufgabe mit *eigentlich frei* als wichtigem Informationsmedium,

noch stärker für die Freiheit und gegen das staatliche Multi-Monopol sich einzusetzen.

ef: Zielen Sie bei der aus Waffengewalt und Machtanspruch resultierenden Lücke auf das zeitliche Auseinanderfallen zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen ab? Noch heute werden ja zumindest deutsche Beamte ausnahmslos zum Monatsanfang besoldet, Abgaben und Steuern fließen jedoch zum Monats- oder Quartalsende. Schnappt hier bereits eine Schuldenfalle zu?

Martin: Genau das ist ein Kernproblem, der Staat hat zeitlich früher bereits Auszahlungen, als Einzahlungen überhaupt denkbar sind. So kommt es automatisch zur finanziellen Schieflage.

ef: Die dann selbst in wirtschaftlich stark prosperierenden Phasen, siehe die Geschichte der Bundesrepublik, kaum begründet werden kann. Warum weitet sich dieses staatliche Startdefizit immer wieder so beständig aus?

Martin: Hier kommen wir zum Kernproblem aller Demokratien, in denen Parteien gegeneinander konkurrieren. Diese Konkurrenz schlägt sich in zusätzlichen Staatsschulden nieder.

ef: Der Staatsbankrott als historische Konstante trifft jedoch auch regelmäßig Diktaturen. Die sukzessive Ausweitung staatlicher Aktivitäten sowie das Prinzip der Aufschuldung – alte Schulden zuzüglich Zinsdienst werden regelmäßig durch neue Verbindlichkeiten refinanziert – scheint systemunabhängig Bestätigung zu finden. Wie erklären Sie dieses Phänomen?

Martin: Aus dem Machthunger der Staaten beziehungsweise der sie bedienenden Instanzen. Mit Machtzwang lebt es sich eben besser als ohne.

ef: Dennoch scheint, um mit dem Anthropologen Harold Barclay zu sprechen, noch nie eine soziale Organisation entwickelt worden zu sein, die zu Kriegszwecken geeigneter scheint als der Staat. Zumindest territorial ist er aktuell der unumschränkte Herrscher der Erde, wie der Evolutionsbiologe Jared Diamond wertfrei feststellt: Vor 5.000 Jahren lebten vielleicht ein Prozent der Menschheit innerhalb staatlicher Ordnungen, vor 500 Jahren 20, heute praktisch 100 Prozent.

Martin: Das ist alles richtig und scharfsinnig abgeleitet. Auch Stämme sind natürlich kriegerisch, wie wir aus der Geschichte wissen. Am besten man hält sich dabei an Dunbars Zahlen: Bis ca. 150 Menschen haben wir ideale Gebilde; so gibt es in den USA sehr erfolgreiche Firmen, die pro Einheit, zum Beispiel Fertigungsstelle, genau 150 Betriebs-Parkplätze anlegen. Wenn diese voll

sind, wird die nächste Einheit gebaut. Bei 300 Menschen ist das Maximum erreicht – mehr Namen oder Personen kann sich der menschliche Geist nicht merken. Erreichen die Stämme Größen von mehr als 1.000 Mitglieder, beginnen die Strukturierungen, damit Expansionen und mit den Expansionen, sofern diese erfolgreich ablaufen, „Staaten“ als Organisationen mit Ausbeutungscharakter, in denen die Herrschicht sich ökonomisch verhält, dass heißt andere für sich arbeiten lässt, statt selbst den Buckel krumm zu machen.

ef: Der Staat als konkurrenzloses Ordnungsmodell hat letztlich auch den friedlichsten Stamm entweder feindlich übernommen oder zur strukturellen Assimilation gezwungen. Ist der Staat deshalb nicht eine selbstdurchsetzende Institution?

Martin: Mit seinen Macht- und Zwangsmitteln zweifellos. Die bürgerliche Freiheit hat seit dem 19. Jahrhundert nur verloren.

ef: Die Vorfinanzierung der Staatstätigkeit, gewissermaßen die Kosten der Übernahme eines Gewaltmonopols, bedingen gleichsam automatisch eine erste Finanzierungslücke. Welche wesentlichen Faktoren führen zu den typischen Aufschuldungsprozessen öffentlich-rechtlicher Schuldner, an deren Ende historisch bisher fast immer der Staatsbankrott stand? Warum gelingt es so gut wie nie, den Teufelskreis der Begleichung alter Verpflichtungen mit neuen Krediten zu durchbrechen?

Martin: Es ist kein Teufelskreis, sondern die kapitalistische – debitistische – Realität. Je stärker die Schulden steigen, desto stärker müssen sie weiter steigen, was sein Ende in sich selber findet. Das Ende ist der Staatsbankrott, dem sich die meisten Staaten immer schneller nähern, zumal, wenn sie nicht in der eigenen Währung finanziert sind.

ef: Wie jeder fallierende Schuldner kämpft auch der Staat mit allen verfügbaren Mitteln gegen den drohenden finanziellen Untergang an. Angesichts des Mittels Gewaltmonopol stehen den Bürgern stark verschuldeter Staaten eher ungemütliche Zeiten ins Haus, oder?

Martin: Die Risiken nehmen zu, wie bei jedem Kredit- und ergo Schuldensystem. Darauf hat gerade wieder der IWF in seinem „World Economic Outlook (WEO)“ hingewiesen.

ef: Wie werden die Staaten auf die Zunahme der Risiken reagieren? Empfehlen Sie uns, wie bereits in den 80er Jahren, die gezielte Auswanderung zumindest in Erwägung zu ziehen?



Zurück in die Zukunft: Reitet bald der Warlord wieder?

Martin: Das ist eine bedenkenswerte Option. Von meinen Kindern hat mehr als die Hälfte die deutsche Heimat bereits verlassen, Richtung USA und Schweiz.

ef: Für Sie steht mit dem Ende des einmaligen Wohlstands- und Verteilungszyklus' und der Implosion überdehnter Versorgungsansprüche die „Rückkehr zu Subsidiarsystemen“ außer Frage. Wird dies eine Rückbesinnung auf im ursprünglichen Sinne solidarische Stammessitten, sprich: Familienbande, nach sich ziehen?

Martin: Das hoffe ich. Der Staat ist wie gesagt ein Machtbastard. Staatsmacht und persönliche Freiheit sind unvereinbar.

ef: Welche praktischen Formen könnte solch eine Wiedernäherung an das stammesgeschichtlich verschüttete Erbe annehmen? Eine Renaissance der die sozialstaatlichen Transferleistungen ersetzenden Großfamilie?

Martin: Eine Renaissance untereinander solidarischer Konglomerate. Sozialstaatlicher Transfer ist und bleibt Zwang.

ef: Zusammen mit dem just zum Auftakt der Finanzkrise verstorbenen Johann Philipp Freiherr von Bethmann galten Sie als ewige Cassandra, mussten besonders in den 90er Jahren Spott und Häme wegstecken. Was verspüren Sie nun, nach 30 Jahren und einem guten Dutzend warnender Publikationen zum Thema: Schwermütige Besorgnis oder späte Genugtuung?

Martin: Weder noch. Ich schätze Kritik und bin dafür immer dankbar. Schwermut und Besorgnis sind mir fremd. Genugtuung hätte etwas mit „Ätsch, rechtgehabt!“ zu tun. Es geht aber um in sich logische und leicht nachvollziehbare Selbstverständlichkeiten. Ich wollte auch nicht warnen, sondern bloß ein „Memento“ weitergeben. ○